

## Antwort

der Landesregierung

auf die Kleine Anfrage Nr. 854

des Abgeordneten Péter Vida (BVB / FREIE WÄHLER Fraktion)

Drucksache 7/2197

### **Stärkung der Rechte sachkundiger Einwohner in gemeindlichen und kreislichen Gremien**

Namens der Landesregierung beantwortet der Minister des Innern und für Kommunales die Kleine Anfrage wie folgt:

Vorbemerkung des Fragestellers: Die Rolle der sachkundigen Einwohner in der Meinungsbildung der gemeindlichen und kreislichen Ausschüsse wird allseits geschätzt. Uneinheitlich ist jedoch der Status ihrer rechtlichen Behandlung. Von Ort zu Ort bzw. Kreis zu Kreis werden unterschiedliche Rechtsauffassungen zu ihren Rechten und Pflichten vertreten. Es wäre wichtig, Rechtssicherheit und - nach Möglichkeit - eine Stärkung der Rolle der sachkundigen Einwohner zu erhalten.

Frage 1: Ist es zulässig, dass bei Abstimmungen in Ausschüssen zwei Abstimmungsrunden durchgeführt werden? Zunächst eine Abstimmungsrunde der Sachkundigen, dann eine der Stadtverordneten. Maßgebend soll hierbei das Ergebnis der Stadtverordneten sein, aber als Orientierung soll das Votum der Sachkundigen dienen? Ist eine derartige Praxis zulässig?

zu Frage 1: Nach § 43 Absatz 4 Satz 2 der Kommunalverfassung des Landes Brandenburg (BbgKVerf) steht sachkundigen Einwohnerinnen und Einwohnern zwar ein aktives Teilnahmerecht, aber kein Stimmrecht zu. Eine Abstimmungsrunde der sachkundigen Einwohnerinnen und Einwohner kann daher lediglich als Orientierung der stimmberechtigten Ausschussmitglieder dienen, darf aber die in § 30 Absatz 1 der Kommunalverfassung des Landes Brandenburg festgelegte freie, dem Gemeinwohl verpflichtete Amtsausübung der Gemeindevertreterinnen und Gemeindevertreter nicht beeinträchtigen.

Frage 2: Ist es zutreffend (wie von einigen vertreten), dass sachkundige Einwohner im Ausschuss unter Umständen einen Gemeindevertreter mit vollen Rechten (inkl. Stimmrecht) vertreten können?

zu Frage 2: Nein. Eine Gemeindevertreterin oder ein Gemeindevertreter als Mitglied in einem Ausschuss wird gemäß § 43 Absatz 2 der Kommunalverfassung des Landes Brandenburg durch eine Stellvertreterin oder einen Stellvertreter vertreten, die von der Fraktion benannt werden.

Frage 3: Dürfen sachkundige Einwohner auch im nichtöffentlichen Teil der Gemeindevertretung anwesend sein? Wenn ja, bezieht sich dieses Anwesenheitsrecht nur auf jene Tagesordnungspunkte, die Teil des Ausschusses waren, in dem sie ohnehin vertreten sind, oder auf alle TOPs?

zu Frage 3: Nein. Die nach § 43 Absatz 4 Satz 1 der Kommunalverfassung des Landes Brandenburg berufenen sachkundigen Einwohnerinnen und Einwohner sind keine Mitglieder der Gemeindevertretung und verfügen kein über das Jedermannsrecht hinausgehendes Recht zur Teilnahme an den Sitzungen der Gemeindevertretung, auch wenn ein Tagesordnungspunkt aus dem Ausschuss behandelt wird, in den sie berufen sind.

Frage 4: Ist es zulässig, sachkundigen Einwohner entsprechend der gemeindlichen Entschädigungssatzung ein Sitzungsgeld für die Teilnahme an Fraktionssitzungen jener Fraktion zu zahlen, die sie in den jeweiligen Ausschuss entsandt hat?

zu Frage 4: Der Entschädigungsanspruch sachkundiger Einwohnerinnen und Einwohner ergibt sich aus § 43 Absatz 4 der Kommunalverfassung des Landes Brandenburg, der auf eine entsprechende Geltung des § 30 Absatz 4 der Kommunalverfassung des Landes Brandenburg verweist. Damit haben sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner Anspruch auf Ersatz ihrer Auslagen und ihres Verdienstaufschlags und können eine angemessene Aufwandsentschädigung erhalten. Die prinzipielle Möglichkeit, Sitzungsgelder zu gewähren, ergibt sich indirekt aus § 30 Absatz 3 der Kommunalverfassung des Landes Brandenburg. § 10 der Kommunalaufwandsentschädigungsverordnung (KomAEV) regelt daher, dass sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner in Gemeinden und Landkreisen Sitzungsgeld in Höhe von höchstens 30 Euro erhalten können. § 9 der Kommunalaufwandsentschädigungsverordnung regelt demgegenüber ausdrücklich das „Sitzungsgeld für Mitglieder kommunaler Vertretungen“ und sieht in Absatz 2 für Fraktionssitzungen vor, dass Sitzungsgelder den Mitgliedern der Fraktionen nur für die Teilnahme an den Sitzungen gewährt werden, die der Vorbereitung einer Sitzung der Vertretung oder eines Ausschusses dienen. Die Regelung kann jedoch nicht für sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner angewandt werden, da diese gemäß § 32 Absatz 1 Satz 1 der Kommunalverfassung des Landes Brandenburg nicht Mitglieder einer Fraktion sein können. Regelungen kommunaler Entschädigungssatzungen, die ein Sitzungsgeld für die Teilnahme sachkundiger Einwohnerinnen und Einwohner an Sitzungen der Fraktion vorsehen, die sie in den Ausschuss entsandt hat, sind rechtswidrig. Den Fraktionen ist es unbenommen, die sachkundigen Einwohnerinnen und Einwohner zu ihren Sitzungen hinzuzuziehen, wenn sie dies für erforderlich halten und ihnen für den damit verbundenen Aufwand aus Mitteln der Fraktion ein Sitzungsgeld zu zahlen. Die hierfür notwendigen Kosten könnten auch zulässigerweise über kommunale Zuwendungen an die Fraktionen gedeckt werden.

Frage 5: Welche Maßnahmen plant die Landesregierung, um die Rolle der sachkundigen Einwohner zu stärken, um so die Bekleidung dieses wichtigen Ehrenamts attraktiver zu gestalten?

zu Frage 5: Derartige Maßnahmen plant die Landesregierung derzeit nicht.